



ZÜRICH

VOLKSSCHULE: Schüler, die stören, können drei Monate ausgeschlossen werden **SEITE 23**

REGION

1961: Jubiläums-Ausstellung im Museum Stammatal widmet sich dem Gründungsjahr **SEITE 20**

REGION

GEH- UND RADWEG: Die Bauarbeiten beim Dinharder Weiler Vordergrüt gehen voran **SEITE 20**

Hat die FDP ein Imageproblem, Herr Walti?

ZÜRICH. Der Zürcher Freisinn hat weitere 3 Prozent seiner Wählerschaft verloren. Parteipräsident Beat Walti analysiert die Situation und sagt, wie er Gegensteuer geben will.

INTERVIEW: PASCAL UNTERNÄHRER

Herr Walti, wie haben Sie geschlafen?
Der Sonntag war derart anstrengend, dass ich danach gut geschlafen habe – auch wenn mich unser Resultat natürlich sehr beschäftigt hat.

Waren Sie überrascht oder haben Sie eine Schlappe befürchten müssen?
Das Ergebnis liegt noch in der Bandbreite unserer Erwartungen, wenn auch am unteren Ende. Wir sind also nicht unvorbereitet getroffen worden.

Was ist der Grund für die Niederlage?
Der «Japan-Effekt» macht einen rechten Teil der Erklärung aus. Zudem hat uns die BDP Wähler weggeschnappt.

Wie kann eine wenig bekannte und im Kanton Zürich nicht verwurzelte Partei dem urzürcherischen Freisinn so viele Wähler wegnehmen?
Der gesamte bürgerliche Block bis hin zur SVP ist durchgerüttelt worden. Wieso, ist schwierig zu ergründen, da wir von der BDP so gut wie nichts wissen. Offensichtlich ist nur, dass wir unsere Botschaften der Wählerschaft nicht überzeugend genug haben vermitteln können.

Hat die FDP denn eine Botschaft?
Natürlich! Wir streben in allen Bereichen freiheitliche Lösungen an, welche den Menschen Handlungsfreiräume geben. Das sichert Arbeitsplätze, und das ist eines unserer Kernanliegen.

Die Bevölkerung wollte nach Fukushima aber Antworten auf die Atomkraftfrage. Doch sie erhielt vom lazierenden



FDP-Parteipräsident Beat Walti: «Ich bin überzeugt, dass wir wieder Wähleranteile dazugewinnen werden.» Bild: key

FDP-Präsidenten Fulvio Pelli nur eine zaghafte Kehrtwende der FDP.

Fukushima ist ein ausserordentliches Ereignis. Da ist es sehr schwierig, in einer kurzen Zeit die richtige Lösung zu präsentieren. Insofern war das Timing für uns ungünstig. Aber es wäre genauso falsch gewesen, sofort der Kernkraft abzuschwören, wie dieselbe durch alle Böden zu verteidigen. Kurzfristig waren Parteien, die schon immer auf das Thema fokussiert waren und das Wort «grün» im Namen tragen, im Vorteil. Ich begrüsse, das die FDP nun eine grosse Auslegeordnung in Angriff nimmt. Was ist wünschbar? Was ist realisierbar? Alle Parteien werden die

Machbarkeit ihrer Lösungsansätze dokumentieren müssen.

Mit dem Slogan «Auslegeordnung» gewinnen Sie aber keine Wähler.

Das ist bestimmt nicht das Strassenfergerargument. Aber wir wollen langfristig glaubwürdig sein. Eine neue Energiepolitik entsteht nicht in zwei Wochen. Zudem mussten und müssen wir mit dem strategischen Dilemma umgehen, dass wir eine klare Position hatten und diese nun überprüfen wollen.

Stichwort «Strassenferger». Ist Ihr Wahlkampfthema Bürokratie das, was den Menschen unter den Nägeln brennt?

Bürokratie betrifft den Alltag vieler Personen. Und die Umwelt: Sonnenkollektoren und Windanlagen müssen möglichst unbürokratisch aufgestellt werden können. Wir setzen uns seit Jahren für konkrete, liberale Lösungen im Umweltbereich ein.

Das nimmt aber kaum jemand wahr. Hat die FDP ein Imageproblem?

Während freisinnige Verantwortungsträger viele Themen gleichberechtigt bewirtschaften, werden fokussiertere Parteien eher als Umweltparteien wahrgenommen. Wir haben nun gelernt, dass wir unsere Leistungen in diesem Bereich besser verkaufen müssen.

Wann wird die Zürcher FDP wieder zulegen?

Die Wählerschaft ist weniger treu als früher. Diese Tendenz könnte uns wieder zugutekommen, wenn die neuen Parteien etabliert und quasi entzaubert sind, weil sie konkrete Leistungen vorweisen müssen. Ich bin überzeugt, dass wir wieder Wähleranteile dazugewinnen werden.

Die FDP war am Schluss des Wahlkampfes im Vergleich zur SVP werbemässig weit weniger präsent. Ist Ihnen das Geld ausgegangen?

Wir hatten nach Fukushima effektiv nicht mehr die Mittel, um zusätzliche Inserate zu schalten. Entgegen der gängigen Meinung müssen wir jeden Franken zweimal umdrehen, bevor wir ihn einsetzen. Wir haben keine reichen Mäzene, die situativ einen grossen Batzen springen lassen. Unsere wichtigste Finanzierungsquelle sind die Mitgliederbeiträge.

Was unternehmen Sie, um im Herbst bei den Nationalratswahlen nicht wieder zu verlieren?

Wir müssen nun analysieren, zu welchen Fragen die Leute freisinnige Antworten hören wollen, und in diesen Themen glaubwürdig kommunizieren. Die AKW-Frage wird im Herbst sicherlich differenzierter behandelt werden als in den letzten drei Wochen.

Die FDP ist jetzt nur noch eine 13-Prozent-Partei. Rüttelt das an ihrem Selbstverständnis als staatstragende Partei?

Als geschrumpfte Partei müssen wir nicht mehr die Verantwortung für alles übernehmen. Dennoch bleiben unsere Mandatsträger lösungsorientiert.

Früher hat die FDP am rechten Flügel verloren, heute am linken. Wohin orientiert sie sich nun?

Wir schielen weder nach rechts noch nach links. Wir wollen die Menschen mit jenen Themen abholen, die sie beschäftigen.

BDP-Fraktion als «wilder Haufen»

ZÜRICH. Die Gewählten der BDP sind sich in vielen Fragen uneins. Das zeigen ihre Antworten auf Smartvote.

JAKOB BÄCHTOLD

Wie die neu in den Kantonsrat gewählte Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) politisieren wird, ist völlig offen. Eine Analyse der Antworten der gewählten sechs BDP-Kantonsräte auf der Online-Wahlplattform Smartvote zeigt ein «disperses Bild», wie es Smartvote-Projektmitarbeiter Marco Reimann ausdrückt. «In den Antworten ist keine klare Linie erkennbar.» Dass es in einer Partei – etwa unter den «Listenfüllern» auf den hinteren Plätzen – abweichende Meinungen gibt, sei üblich. «So verschiedene Antworten von gewählten Parlamentariern einer Partei sind aber sehr aussergewöhnlich.»

Bei 14 von 66 Fragen des Smartvote-Fragebogens gehen die Meinungen der BDP-Politiker diametral auseinander. Das ganze Spektrum der möglichen Antworten von «Ja» über «eher Ja» und «eher Nein» bis zu «Nein» ist

vertreten. Bei 40 Fragen gibt es abweichende Antworten. Und nur zwölfmal ziehen alle am selben Strick. Gänzlich uneinig sind sich die BDP-Kantonsräte unter anderem in der Frage der Abschaffung der Erbschaftsteuer, der Haltung zur Armeewaffe zu Hause oder im Thema bewaffnete Auslandseinsätze – und beim Atomausstieg.

Nur einer gegen Atomkraft

Parteipräsident Lothar Zjörjen ist der Einzige der sechs Gewählten, der einen Atomausstieg befürwortet. Alle anderen BDP-Kantonsräte lehnen den Ausstieg ab oder eher ab. Dabei ging die BDP mit ihrem Ja zum Atomausstieg seit Fukushima munter auf Stimmenfang. Zjörjen war über diesen Befund gestern selbst überrascht, erklärte aber: «Der mittelfristige Atomausstieg ist im Parteiprogramm der BDP Zürich seit Ende 2009 festgeschrieben.» Diese Frage müsse unter den Neugewählten nun diskutiert werden.

Der Smartvote-Fragebogen wurde vor dem Atomunfall in Japan ausgefüllt. Vielleicht herrscht unterdessen also mehr Einigkeit. Doch auch dann bleibt auffallend, wie unterschiedlich die Meinungen in der sehr kleinen

Fraktion sind. Werden die Parteipositionen in einer politischen «Landkarte» des neuen Parlaments eingezeichnet (siehe rechts), liegen drei der sechs BDP-Kantonsräte ausserhalb des eigenen Parteikreises. Zjörjen und Stefan Hunger aus dem Wahlkreis Uster politisieren deutlich linker, vor allem in sozialpolitischen Themen. Rico Brazerol aus dem Bezirk Horgen tendiert eher gegen rechts.

Grünliberale mit Ausreissern

Die GLP, die zweite Partei, die mit vielen Neuen in den Rat einzieht, präsentiert sich im Vergleich zur BDP kompakter. Allerdings sind auch hier unter den Neugewählten Ausreisser, die deutlich neben der Parteilinie politisieren: So ist Cyrill von Planta aus Zürich ausländerfreundlicher als seine Partei, will das Ausländerstimmrecht und befürwortet ein stärkeres Engagement in der Integration. Hans Wiesner aus dem Bezirk Affoltern will im Gegensatz zur GLP beispielsweise die Ladenöffnungszeiten eher nicht liberalisieren. Einzelne «Paradiesvögel» fallen in der 19-köpfigen GLP-Fraktion aber weniger ins Gewicht als bei der kleinen BDP.

